



seiner Facebook-Seite. FOTOS: JUSO/SUL

Wird die Meinungsfreiheit zu stark eingeschränkt?

ZÜRICH. Gegen Hasskommentare im Netz wird vermehrt mit Löschungen und Anzeigen gekämpft. Zu Recht?

Dass der Ton von Kommentarschreibern im Internet immer roher wird, bestätigen Experten. Gerade im Fall der Obenohne-Aktion der Juso (siehe links) zielten die Kommentare oft unter die Gürtellinie. Doch manchmal werden auch verhältnismässig harmlose Kommentare und Posts zur Anzeige gebracht oder von den sozialen Netzwerken entfernt (siehe Box unten). Diese Fälle werfen die Frage auf: Welche Aussagen

sind im Rahmen der Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt? Und besteht die Gefahr, dass der Kampf gegen Hasskommentare und provokative Meinungsäusserungen im Netz in Zensur umschlägt? «Ehrverletzende Aussagen sind nicht durch die Meinungsfreiheit geschützt», sagt der Rechtsanwalt Martin Steiger, der sich auf das Recht im digitalen Raum spezialisiert hat. «Aber Personen des öffentlichen Lebens – so wie es Politiker sind – müssen damit rechnen, kritisiert zu werden.»

Dieser Meinung ist auch Politikwissenschaftler Silvano Moeckli. Zwar sei es richtig, dass Beleidigungen unter der Gürtellinie geahndet werden.

«Bei solch provokanten Aktionen wie der BH-Verbrennung muss aber erwartet werden,



Ständerat Andrea Caroni. KEYSTONE

dass deutliche Kommentare geschrieben werden.» In diesen Fällen müsse Augenmass bewahrt werden, damit der Kampf im Netz gegen Hasskommentare nicht überborde.

FDP-Ständerat Andrea Caroni findet nicht, dass die Meinungsäusserungsfreiheit in Gefahr sei, wenn sich betroffene Personen gegen beleidigende Kommentare wehrten. Nur so würden Kommentarrüpel lernen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sei. Caroni: «Als Politiker muss man sich einiges gefallen lassen, aber persönlichkeitsverletzende Kommentare gehören definitiv nicht dazu.»

DANIEL KRÄHENBÜHL

ergänzt: «Das Internet ist nun mal kein rechtsfreier Raum, in dem man schreiben kann, was man will.» Verbale Angriffe auf junge Frauen müssten unbedingt abnehmen, fordert sie.

SIMON ULRICH



Marianne Binder-Keller.

«Facebook beschneidet Meinungsäusserungsfreiheit»

BADEN. Dass auf sozialen Medien lieber einmal zu viel als zu wenig gelöscht wird, hat die Aargauer CVP-Grossrätin Marianne Binder-Keller kürzlich erlebt. Weil zu viele Personen einen NTV-Zeitungsartikel über den Kopftuchzwang im Iran gemeldet hatten, löschte ihn Facebook prompt. Jedoch liess sich Binder-Keller nicht von der Lösch-Aktion beein-

drucken. Nur einen Tag später lud sie denselben Artikel wieder hoch. «Facebook lässt sich instrumentalisieren und beschneidet die Meinungsäusserungsfreiheit», sagt Binder-Keller auf Anfrage. Wichtig sei, dass das Verhältnis zwischen einer politischen Äusserung oder Aktion und den Reaktionen darauf stimme. Der politische Meinungsbezug dürfe

pointiert, aber nicht verletzend sein. «Ich habe kein Verständnis für primitive Kommentare, aber gerade auch als Frau kein Verständnis für so primitive Aktionen wie jene der Juso-Frauen. Gerade weil es ja das Ziel war, diese Reaktionen zu provozieren.» Damit mache man sexistische Angriffe, denen Leute im Netz tatsächlich ausgesetzt seien, lächerlich. ok

Pfingsten offen

Piste gut: Der viele Schnee in den Bergen veranlasst einige Skigebiete, die Saison zu verlängern. KEYSTONE

Neue Steuervorlage ist für SP «kaum besser»

BERN. Vor gut einem Jahr hat die Unternehmenssteuerreform III an der Urne Schiffbruch erlitten. Ein Grund für das Scheitern war, dass die Vorlage kein Preisschild hatte. Diesen Fehler will der Bundesrat nicht wiederholen. Er hat gestern eine überarbeitete Unternehmenssteuerreform vorgelegt. Neu ist bei der Steuervorlage 17 die Transparenz: Anders als bei der gescheiterten Vorlage ist ungefähr bekannt, wie die Kantone die Unternehmenssteuerreform umsetzen wollen. «Wir gehen

davon aus, dass die Vorlage eine sehr gute Chance hat», sagte Finanzminister Ueli Maurer. Für die SP ist die Vorlage «kaum besser» als deren Vorgängerin, die vom Volk abgelehnt wurde. Die Vorlage bringe weiterhin «massive Steuersenkungen für Unternehmen» sowie eine ungenügende Gegenfinanzierung und eine magere soziale Kompensation mit sich. Die SVP begrüsst die Vorlage im Grundsatz. Sie werde sich in



Finanzminister Ueli Maurer. KEYSTONE

parlamentarischen Beratungen intensiv damit auseinandersetzen. Im Zentrum stünden die finanzielle Entlastung der KMU, der Bürger und der Familien. SDA

Konkubinatspaare mit Kindern sollen mehr Steuern zahlen

BERN. Der Bundesrat will die steuerliche Benachteiligung mancher Ehepaare beseitigen. Er hat die gesetzlichen Grundlagen für eine neue Paarbesteuerung ans Parlament geleitet. Mehr zahlen

müssten Konkubinatspaare mit Kindern. Diese Vorlage würde bei der direkten Bundessteuer zu jährlichen Mindereinnahmen von 1,15 Milliarden Franken führen. Die CVP betrachtet diese Vorlage als Erfolg

für ihre Partei. Der Bundesrat mache einen Schritt in die richtige Richtung. Die SP hingegen bedenken den Vorschlag des Bundesrats kritisch als «Riesengeschenk» für reiche Doppelverdienerpaare. SDA